

# DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN  
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESST ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 7

Charlottenburg, Freitag, den 15. Februar 1907

Jahrg. 34

## Sperren.

**Bollsperrren in Deutschland:** Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Eberfeld (Peters Emaillierwerk). Göppingen (Emaillierwerk). Großbreitenbach (Eger & Söhne). Lauf (Fritz Krug). Martinroda (Eger & Co.). Neuhalbensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Boekneck (Conta & Böhme). Ruhland (A. Lindner, Glasmaleret). Schauberg. Selb L. Gutschenreuther (inkl. des Betriebes der bisherigen Firma Jäger & Werner). Sorau. Stogheim. Lambach. Wunsiedel. Berlin für Schildermaler.

**Halbsperrren in Deutschland:** Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Ebers, Emaillierwerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert & Menz). Königszelt-Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

**Sperren in Oesterreich:** Königszelt bei Brünn für Maler. Briesen bei Billin (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Joles (Porzellanfabrik). Livoje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Probstau (Brüder Willner). Tichy & Schönfeld in Bessau für Maler.

## Der Sieg der Reaktion.

= So ganz anders als wie man erwartet hatte, endete die Wahlbewegung und die Resultate, die nach dem 25. Januar und dem 5. Februar bekannt wurden, entsprachen durchaus nicht den Erwartungen, die namentlich von unserer Seite in die für die Arbeiterpartei unter so günstigen Begleiterscheinungen beginnende Wahlbewegung gesetzt wurden. Wir alle rechneten vor der Wahl, wenn nicht durchweg mit einem erheblichen Mandatsgewinn so doch sicher mit der Behauptung jener Mandatszahl, die die Sozialdemokratie im alten Reichstage inne hatte. Das kam nicht allein daher, daß wir seit Jahren mit einer steigenden Mandatsziffer rechnen konnten und an eine Verringerung dieser Erscheinung nicht so ohne weiteres glauben wollten, sondern wir unterschätzten auch im allgemeinen die Stellung der Regierung in diesem Wahlkampfe. Mit einem etwas zu stark getönten Gefühl der Unüberwindlichkeit zogen wir in den Kampf. Wir glaubten, der Kolonialparole der Regierung mit Leichtigkeit die üblen Wirkungen des Zolltarifs, die ungeheure Vermuckerung der Regierungspolitik im Innern, ihre unglückselige, zerfahrene Diplomatenpolitik im Außern entgegen setzen zu können. Die Täuschung war am 26. Januar und an den folgenden Tagen groß. Wir haben keinen Grund uns das zu verhehlen. Denn nicht nur wir, auch unsere Gegner waren von dem Ausfall der Wahlen nicht minder überrascht und der nach der Hauptwahl lösbrechende maßlose Jubel in den Reihen der Bürgerlichen ließ deutlich die freudige Überraschung erkennen. Man stand vor einer vollkommen unerwartet eingetretenen Tatsache. Gegen das Zentrum zog man zuerst ins Feld, und 36 sozialdemokratische Mandate blieben auf der Strecke!

Wir haben hier keine Veranlassung, die Ursachen dieser Erscheinung in ihren politischen Umständen zu erforschen und auf die ganze Angelegenheit des Näheren einzugehen. Unsere politische Tagespresse hat zum Teil in überaus klarer Weise Ursachen und Wirkungen in ihrem inneren Zusammenhang aufgeleuchtet, so daß auch der mit den allgemein politischen Fragen vertraute Arbeiter die heillose Komödie, die bei der Wahl mit dem Volk von der Regierung aufgeführt worden ist, zu durchschauen vermag. Es ist klar, die ganze Geschichte war eine im voraus abgekartete Sache. Schon lange hatte man sich mit dem Gedanken getragen, die Sozialdemokratie mit Hilfe der indifferenten Masse der „Nichtwähler“ aus dem Sattel zu heben. Diese Wünsche lassen sich auf ein Jahrzehnt und länger zurück verfolgen. Nur mangelte es immer an der geeigneten Parole, unter der der gedankenlos dahin lebende Spießler einmal aus seinem politischen Winterschlaf aufgerüttelt werden konnte. Endlich fand sie sich. Der ewig lächelnde Bülow erfand sie: „Für Kaiser und Reich, gegen Gottentotten, Zentrum und Sozialdemokratie!“ Bald verschwand freilich das Zentrum aus dem Feuer. Aber für die Kolonien legte sich Dernburg ins Zeug, der mit der erstaunlichen Phantasie eines orientalischen Märchenerzählers den kolonialbegeisterten finanziellen Deutepolitikern, den allzeit willigen deutschen Regierungsgelehrten und Kolonialfexen aus angestammtem geistigen Unvermögen Bilder kolonialer Pracht und Herrlichkeit vorzauberte, so daß den Zuhörern Hören und Sehen verging und die ganze Gesellschaft in einen Begeisterungsstau mel versiel, der nur in dem Boulangerummel der Wahlen von 1887 eine Parallele findet. In blinder Wut stürzte alles auf die Sozialdemokratie. Geführt von dem berüchtigten Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie tobte die ganze reaktionäre Masse vom Stockkonservativen bis zum „entschieden liberalen Freisinnigen“ wie toll gegen die Arbeiterpartei. Alle schleppten die Brandblöcke herbei um die verhaßte Partei klein zu kriegen. Die Industriellen gaben das Geld, der Reichsverband die Redner und wie eine Meute wurde alles auf die „Noten“ gehegt. Verleumdungen über Verleumdungen gegen die Sozialdemokraten fluteten in gewaltigen Schmutzwellen durch das Land. Bis in die tiefsten Tiefen seines Gemüts wurde der Spleßbürger aufgeschreckt. Niemals wurde ein ärgerer Schwindel mit dem „Teilen“ und der „Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokraten“ getrieben, als bei dieser Wahl. Dazu kam, daß sich die Angehörigen selbst der untersten Behörden restlos in den Dienst der Regierung stellten. Vom Pfarrer bis zum Gendarmen und Nachtwächter war alles auf den Beinen um in geheimer Arbeit auch den letzten Nichtwähler an die Urne zu bringen. Wer selbst mitten in der Wahlbewegung und auf einem höheren Posten gestanden hat, wird wohl erkennen, was diesmal in dieser Beziehung von den Gegnern geleistet wurde. Und bei dem politisch unerfahrenen, dem öffentlichen Leben teilnahmslos gegenüber stehenden Wähler, der weder eine Zeitung oder schließlich eine von den „parteilosen“ Witschen zu lesen gewohnt ist, hatte diese Wählerarbeit einen überraschenden Erfolg. Er, der kleine Bürger, der kleine Landwirt, der mittellose Heimarbeiter, der miserabel bezahlte Fabrikarbeiter glaubte der Hege ein willig Ohr schenken zu müssen. Der eine hoffte von den Kolonien eine neue Zukunft, neue Verdienstmöglichkeiten, der andere fürchtete den „Zukunftstaats“, jener das „Teilen“. In unglaublicher Verschüchterung, maßloser Angst und ungekannter Erbitterung taten diese Leute dann das Neueste: Sie wählten! — Und da war es egal wie sie wählten, nur nicht sozialdemokratisch! Sie standen alle vereint gegen die Sozialdemokratie. Angestachelt, belogen,

aufgehört und bedroht von Beamten, weltlichen und geistlichen Autoritäten, von Fabrikanten und Arbeitgebern, tobte der „Nichtwähler“, wütete der „keine Mann“ gegen seine eigenen Interessen.

Gewiß, auch bei der Partei selbst liegt ein großer Teil der Schuld. So weit durfte es nicht kommen, wie es kam. Und wenn wir die elementare Reaktion auch nicht meistern konnten, wir haben doch in manchem gefehlt. Die übergroße Siegeszuversicht schläfernte vielfach unsere Leute ein. Wie viele unserer Anhänger wählten am Haupttage nicht? Die Agitation, die Wahlarbeit war nicht überall von gleicher Begeisterung getragen. Und auch dort, wo so viele unserer Kollegen in Betracht kommen, blieb so viel zu wünschen übrig. Wie kam es, daß wir gerade Thüringen total verloren? Nach der Wahl von 1903 gehörte Thüringen der Sozialdemokratie bis auf wenige Kreise. Und nun ein vollständiges Fiasko! Überall unterlagen die Kandidaten der ausgesprochenen Oppositionspartei bürgerlichen Mischmaschkandidaten ohne Programm, ohne Vergangenheit. Phrasendrusch und ödeste Klopffechterei trugen den Sieg davon. Und wie besessen rannten namentlich die Vermissten der armen Arbeiter hinter jene Leute her, die alles versprochen und die nichts halten werden. Gerade die wirtschaftlich am schlechtest gestellten Gegenden wählten am stärksten für die bürgerlichen Parteien.

Die Folgen dieser unglücklichen Wahlen werden nicht ausbleiben. Das Gepräge des neuen Reichstags ist ein ausgesprochen reaktionäres. Zentrum, Konservative und Nationalliberale bilden ein festes, unerschütterliches Trifolium, dessen volksfeindliche Wünsche denen der Regierung vollkommen entsprechen und deren Kosten für das Volk keine kleinen sein werden. Die Opposition ist zur Nichtigkeit verurteilt. Nicht nur die Sozialdemokratie wurde durch die Mandatsverluste getroffen, mit ihr erhielt die gesamte Linke im Reichstag einen schweren Schlag. Die „Freisinnigen“, die unzuverlässigste, politisch charakterloseste „liberale“ Gruppe der Bürgerlichen, kommen nun allmählich selbst zur Besinnung über die fabelhafte Dummheit, die sie gegen sich selbst begingen, als sie sich zu willenslosen Handlangern der Reaktion und der Regierung im Wahlkampfe und als Kanonenfutter gegen die Sozialdemokratie verwenden ließen. Heute schon jammern sie darüber, daß sie — die „Freisinnigen“ — die von der Reaktion „Gemelerten“ sein werden. Und nicht nur die „Freisinnigen“, das ganze auf die Wahlsparole der Regierung eingegangene Volk ist „gemelert“ worden, angeführt bis oben hinauf.

Wir gehen Zeiten entgegen, wie ärger wir sie wohl niemals gehabt haben. Die Regierung ist reaktionär in ihres Wesens innerstem Kern und Torheit und politische Rindsköpferie ist es, von dieser durch und durch preußisch-verstickten, junkerlich regierten und geleiteten, von dem Börsenjobbertum und Schlotbaronen beeinflussten Regierung eine volks-, geschweige arbeiterfreundliche Politik, so etwas wie eine „liberale Aera“ erwarten zu wollen. Es dürfte etwas anders kommen. Ganz abgesehen von der im Innern ganz maßlos reaktionären Politik des Polizeifaschismus und Gummimittels, der Denunziantenwirtschaft und Bergewaltigungspolitik gegen jede ernste Opposition, abgesehen von dem bevorstehenden Wahlrechtsraub — alle diese Dinge finden in der politischen Arbeiterpresse genügende Berücksichtigung — bleiben auch in wirtschaftlicher Beziehung den reaktionären Kräften die weitesten Gebiete volkschädigender Politik offen. Wir denken an den Zolltarif. Und eine Regierung, die schon im alten Reichstag von einer Öffnung der Grenzen, einer Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nichts wissen wollte, wird nun erst recht für nichts derartiges zu haben sein. Der neue preußische Landwirtschaftsminister erklärte ja auch schon im preußischen Landtage, die Zölle müßten noch höhere werden. Also weitere Not, mehr Elend, härtere Entbehrung und größerer Jammer, das werden die Folgen der Wahl sein. Dem wird eine erneute Knechtung der Arbeiter einlegen. Sie muß man wehrlos machen, soll der Beutezug der Junker, Industriellen und Börsenritter gelingen. Die Antigewerkschaftsvorlage des vergangenen Jahres weist den Weg. Und die Vorlage wird wieder kommen. Schon kündeten die regierungstreuen Blätter sie an. Dazu werden sich auch die Verschlechterungen der übrigen Arbeiterrechte gesellen. Man redet schon lange von dem zu „eiltigen“ Lauf der Sozialreform, dem „nötigen Abdämmen des Arbeiterinflusses auf die Krankenkassenverwaltungen“ usw. Das sind alles ungemein drohende Momente. Dazu kommt, daß auch diesem Reichstag die „Reform“ des Strafgesetzbuchs, die Strafprozessordnung und der Vereinfachung des Strafvollzugs zu bearbeiten überlassen ist. Und wenn man dabei an die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs denkt, da können die Hoffnungen, daß bei dieser „Reform“ durch diesen Reichstag viel für die Arbeiter heraus kommen dürfte, schwinden.

So wächst die Reaktion aus den Wahlen zu drohender Gefahr heran. Das sollte aber von den Arbeitern am wenigsten verkannt werden. Sie haben die Hauptkosten dieser Reaktionsarbeit zu tragen. Und daran hat nicht nur die Partei, daran haben auch die Gewerkschaften teil. Beide bilden eine Bewegung und diese eine, die Arbeiterbewegung, soll durch die Reaktion getroffen werden. Das ist das letzte Ziel der Bülow-Dernburg-Liebert-Deumer-Aliquet. Darüber soll und darf es keinen Zweifel geben und kein Bedenken in der Beziehung, daß in der Zukunft die Gewerkschaften, wollen sie dem sich stärker fühlenden Gegner erfolgreich entgegen treten, noch mehr wie bisher mit der politischen Bewegung werden Hand in Hand gehen müssen.

Wir haben keine Ursache zu verzweifeln. Die Partei hat an Mandaten verloren. Aber es schadet nicht, wenn dadurch wieder die Bewegung selbst den Mandatsgewinnbestrebungen gegenüber ins Vorderreffen rückt. Wir leben nicht von den Mandaten, unsere Stärke und ihr Gradmesser liegt in der erlangten Stimmzahl. Und diese haben wir um eine weitere Viertelmillion vermehrt. Die Mitläufer haben wir zum guten Teil von uns abgestoßen. Was uns blieb, das ist ein festerer Stamm, sind zuverlässigere Leute. Und mit ihnen wird es uns umso eher möglich sein, die historische Aufgabe des Proletariats — wie sie jetzt gerade durch die erstarkte Reaktion um so sichtbar in die Erscheinung tritt — zu erfüllen: Trotz aller Finsternis, Verfolgung, trotz Haß und Verleumdung, Knechtschaft und Gewalt, der Menschheit die Freiheit, geistliche Entwicklung, den Fortschritt zum Wohle Aller zu bringen. Trotzallem!

## Die Keram-Industrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Ergebnisse der letzten Industriezählung in den Vereinigten Staaten (1900) enthalten interessantes Material über den Stand der amerikanischen Keram-Industrie, woraus hier einiges mitgeteilt werden soll. Mit der Erzeugung von Porzellan-, Steingut- und Terracottawaren, sowie anderen Produkten aus gebranntem Ton (exklusive gewöhnlicher Mauer- und Dachziegel) befaßten sich 1000 Betriebe, die im Jahresdurchschnitt 2777 Angestellte und 43714 Arbeiter beschäftigten, worunter sich 4481 weibliche Personen im Alter über 16 Jahren und 1062 Jugendliche beiderlei Geschlechts befanden. Das angelegte Kapital in allen Betrieben belief sich auf 60 Millionen Dollar, der Wert der gesamten Jahresproduktion wurde mit 44,3 Mill. Dollars angegeben. Von diesem Wert entfielen auf Porzellan-, Steingut- und ähnliche Waren 17,2 Millionen Dollar, auf Terracottawaren und sonstige Produkte aus gebranntem Ton 26,4 Millionen Dollar, der Rest auf Erzeugnisse anderer Art.\* Der Bericht über die Industriezählung läßt leider die Zahl der in den einzelnen Produktionszweigen beschäftigten Arbeiter nicht erkennen. Von allen Betrieben befanden sich mehr als ein Drittel, und zwar 395, im Besitze einzelner Personen, 221 waren nichtinkorporierte Gesellschaftsfirmen, 381 waren inkorporierte Gesellschaften und 8 Genossenschaften etc. In Bezug auf die Größe ergab sich, daß 20 Betriebe keine Lohnarbeiter beschäftigten, 188 beschäftigten 1—4 Arbeiter, 291 5—20 Arbeiter, 196 21—50 Arbeiter, 139 51—100 Arbeiter, 130 101—250 Arbeiter, 26 251—500 Arbeiter und 10 mehr als je 500 Arbeiter. Der Großbetrieb wiegt daher vor. Mehr als 2000 Arbeiter waren nur in den folgenden Bundesstaaten beschäftigt: Illinois (2005), New-Jersey (8117), New-York (2270), Ohio (11870) und Pennsylvania (8872).

Beachtenswert sind die Angaben über den Fortschritt der Keram-, Terracotta- und sonstigen Tonwaren-Industrie seit 1880; die Zahl der Betriebe betrug in diesem Jahre 752 und fiel auf 707 in 1890; die Zahl der Arbeiter vermehrte sich in der gleichen Periode von 10221 auf 18980, um bis zum jüngsten Zählungsjahre auf 43714 zu steigen. Die Verwendung jugendlicher Personen hat an Umfang abgenommen. Der Wert der Jahresproduktion betrug 1880 9 Millionen Dollar, 1890 42,1 Mill. Dollar; er hat sich also im Verlaufe zweier Dezennien nahezu verfünffacht.

Es soll nun die Entwicklung in den Hauptzentren der amerikanischen Keram-Industrie, Trenton im Staat New-Jersey und East Liverpool im Staat Ohio, während des Jahrzehnts 1890—1900 veranschaulicht werden. In Trenton bestanden 1890 32, 1900 nur noch 29 Betriebe; in East Liverpool fand eine Vermehrung der Betriebe von 23 auf 30 statt. Das Arbeits-

\*) Erzeugnisse der Nebenbetriebe.

personal wuchs besonders in East Liverpool rasch an; es waren beschäftigt:

	in Trenton		in East Liverpool	
	1890	1900	1890	1900
Angestellte	160	198	93	251
Arbeiter	3935	4299	2062	3908

Das Kapital der Betriebe in Trenton betrug 1890 4,9 Mill. Dollar, 1900 7,1 Mill. Dollar, in East Liverpool war eine Steigerung von 2,1 auf 4,3 Mill. Dollars zu verzeichnen. Der Wert der Jahresproduktion hat sich in East Liverpool ebenfalls verdoppelt (von 2,1 auf 4,1 Mill. Dollar), in Trenton blieb er jedoch nahezu gleich (4,6 gegen 4,8 Mill. Dollar). Man kann vermuten, daß dies durch Irrtümer bei der Erhebung mit veranlaßt wurde, denn die Produktionsstatistik begegnet weit größeren Schwierigkeiten als die eigentliche Betriebsstatistik. Die Art der Produkte wird bloß für 1900 angegeben; es resultiert für die beiden Städte die folgende Gegenüberstellung:

Art der Produkte	Wert der Jahresproduktion in Dollar	
	Trenton	East Liverpool
Gelbe und Rockingham-Ware . . .	—	98 034
Cremsarb. Ware (C. C.-Ware) . . .	751 444	712 219
Weißer Granit-Ware . . .	442 354	970 319
Steinporzellan (Semivitr. Porc.) . . .	351 559	1 838 126
Chinaporzellan . . .	494 870	197 144
Sanitätsgeschirr . . .	1 692 359	—
Bäder- und Wäscherei-Einrichtungen aus Porzellan . . .	294 973	—
Porzellan-Artikel für elektrische Anlagen . . .	154 807	142 447
Keramische Kunstzeugnisse . . .	125 500	—
Anderer keramische Produkte . . .	414 899	97 544
Terracotta zc. . .	83 160	38 479
Sonstige Produkte . . .	4 217	1 888

Im Anschluß an die Betriebszählung fand eine Erhebung über die Arbeitslöhne statt, die jedoch nicht auf die ganze Industrie ausgedehnt wurde, sondern auf „repräsentative Betriebe“ beschränkt blieb. Die Darstellung der Lohnverhältnisse geschieht in der Weise, daß die absolute Zahl und der Prozentsatz der Arbeiter angegeben wird, der auf jede Lohnklasse entfällt, die bei den Wochenlöhnen von 50 zu 50 Cents, bei den Stundenlöhnen von Cent zu Cent, abgestuft ist. Außerdem wurden sogenannte kumulative Prozentsätze berechnet, die zeigen, ein wie großer Teil der Arbeiter auf eine bestimmte Gruppe von Lohnklassen entfällt.\*) Aus der Fülle der Zahlen, die sich dabei ergeben, können im Nachstehenden nur einige hervor gehoben werden, und zwar soll zuerst der mittlere Wochenlohn der Keramarbeiter und Arbeiterinnen zur Darstellung kommen. — Der mittlere Wochenlohn ist jener, den zum Beispiel unter 301 Arbeitern, die entsprechend der Höhe ihrer Löhne aufgestellt sind, der 151. Arbeiter erhält; der Durchschnittslohn, der vom mittleren Lohn wohl zu unterscheiden ist, wird viel mehr als dieser von einzelnen besonders hohen oder besonders niedrigen Löhnen, die bei einer Gruppe von Arbeitern vorkommen mögen, beeinflusst. —

Der mittlere Wochenlohn der „Potters“ (Keramarbeiter) betrug in Dollars:

	1890	1900
männl. qualifizierte Arbeiter	12,—	12,50
männl. Hilfsarbeiter . . .	7,50	8,—
Arbeiterinnen . . .	5,—	5,—

Bei einigen Arbeiterkategorien ist der mittlere Lohn erheblich höher; er stellte sich z. B. in den Zentralstaaten bei den Malern im Jahre 1890 auf 18 Dollar und 1900 auf 18,50 Dollar. Werden von den Arbeitern jene 25 Prozent ausgeschlossen, die am schlechtesten entlohnt waren, und ebenso jene 25 Prozent, welche die höchsten Löhne erhielten, so fallen die übrigen 50 Prozent, also die Masse der Beschäftigten, auf die folgenden Lohnklassen:

	Lohn pro Woche in Dollar	
	1890	1900
männliche qualifizierte Arbeiter	9,00—18,49	9,00—21,49
männliche Hilfsarbeiter . . .	7,00—9,99	7,50—10,99
Arbeiterinnen . . .	4,50—7,99	5,00—7,99

In den Zentralstaaten sind die Löhne höher und die seit 1890 eingetretene Besserung in der Entlohnung war dort ausgiebiger als in den anderen Teilen des Landes. Allerdings muß man

\*) Employees and Wages. Special Report of the Census Office. Washington, 1904.

in Betracht ziehen, daß in den anderthalb Jahrzehnten von 1890—1905 die Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten nicht viel weniger stiegen als die Arbeitslöhne, eine Tatsache, die auch durch Untersuchungen des Bundesarbeitsamts zu Washington bekräftigt worden ist. Es stellen sich dem wirtschaftlichen Aufsteigen der Arbeiterklasse im gelobten Land des Kapitalismus eben nicht minder große Hindernisse entgegen als in Europa; Hindernisse, gegen welche nur durch den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation angekämpft werden kann. h. f.

## Verbandsangelegenheiten.

138. Vorstandssitzung vom 1. Februar 1907.

Nach Mitteilungen von Böhmert scheint vorläufig von einer Aussperrung keine Rede mehr zu sein. — In Lambach scheint die neue Firma Richter & Jüngst gegen unseren Verband vor zu gehen; weiterer Bericht hierüber bleibt noch ab zu warten. — In Gatzig sind die schwebenden Differenzen erledigt; die Sperre wird auf Antrag der Zahlstelle wieder aufgehoben. — Im Anschluß an einen Bericht von Düsseldorf werden die beantragten Miets-Zuschüsse bewilligt. — Zuschriften von Gehren, Reichenbach, Schauberg, Lettin, Selb, M. Glabbach, Hüsten, Mannheim, Untermhaus und Cöln werden zur Kenntnis genommen. — Mitteilungen der Beschwerde-Kommission sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Den Mitgliedern in Wischofswerda soll auf ihre Zuschrift entsprechende Beantwortung zugestellt werden. — Dem Verband der Löpfer, Zahlstelle Coswig (Anh.), soll auf bezügliche Anfrage berichtet werden, daß sich die in Frage kommenden Mitglieder unseres Verbandes an zu schließen haben sofern es zum Streit kommen sollte. — Dem Vorstand des österreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes soll auf bezügliche Zuschrift anlässlich von Selb verausgabter Sammellisten empfohlen werden, in Zukunft nur Sammellisten anzuerkennen, welche ersehen lassen, daß sie mit Genehmigung des Vorstandes unseres Verbandes ausgegeben worden sind. Von den von der Zahlstelle Selb ausgegebenen Listen hat der Vorstand überhaupt keine Kenntnis erlangt. — Die Zahlstelle Piesau beantragt für das Mitglied 7982 Müller, welches infolge langer Krankheit in eine sehr bedrängte Lage geraten ist, einen Aufruf zu freiwilligen Sammlungen im Organ zu veröffentlichen, womit sich der Vorstand einverstanden erklärt. — Gegen die von der Zahlstelle Berlin-Moabit beabsichtigte Veräußerung veralteter Bibliothek-Bestände werden Einwendungen nicht erhoben. — Dem Mitglied 9298 Blankenhain wird Unterstützung nach § 17 Abs. 3 des Statuts bewilligt. — Dem Mitglied 6128 Lettin wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Unterstützung für 7404 Nürnberg wird nach Ablauf der ersten 2 Wochen bewilligt. — Unterstützung für 10080 Lettau wird nach § 20 Abs. 4 des Statuts abgelehnt. — In Unterstützungsfachen 176 Altwasser und 4916 und 4960 Kahla wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Von Kahla beantragte Feuer-Unterstützungen, sowie beantragte Notfall-Unterstützung für 12142 Selb werden als unstatutarisch abgelehnt. — Ein weiterer Antrag Kahla, Feuer-Unterstützung aus dem 12 pSt.-Fonds der Zahlstelle zahlen zu dürfen, wird ebenfalls abgelehnt. — Dem Mitglied 14732 Untermhaus wird die Unterstützung nach bewilligt. — Bezüglich eines Antrages Eisenach, Bewilligung von Mitteln zur Anschaffung eines Bibliothekschranks betreffend, wird Vertagung und Rückfrage beschlossen. — Die wegen Resten erfolgte Streichung der Mitglieder 4071 Hannover und 10021 Lettau wird ausnahmsweise aufgehoben und Nachzahlung der Beiträge während der angegebenen Frist gestattet, unter der Bedingung, daß alle Rechte ruhen, bis Nachzahlung erfolgt ist. — Gläser, Berlin, Martin Weiße, Elsterwerda, August Ort, Eduard Tenner und August Liebmann, Hüttengrund werden mit je 2 jähriger Straf-Karenzzeit in den Verband aufgenommen. — Auf Anfrage des Bureau, anlässlich eines bestimmten Falles, wird beschlossen, daß unter genügenden Garantien an im Ausland befindliche Einzelmitglieder Krankengeld-Zuschuß zu zahlen ist. — Die beantragte Beitragsbefreiung für die Dauer eines halben Jahres für das Einzelmitglied 120 wird abgelehnt. — Die Zahlstelle Freiberg beantragt 20 Ml. aus Verbandsmitteln zu bewilligen, für einen bestimmten Zweck, weil im 12 pSt.-Fonds die Mittel hierfür nicht vorhanden sind, dies wird abgelehnt. — Bezüglich eines Uebertrittsgesuches vom Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter in Selb wird Vertagung und Rückfrage beschlossen. —

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

## Aus unserem Berufe.

**Hornberg.** Auch der jetzigen Leitung der Steingutfabrik — die unter der Firma Schwarzwälder Steingutfabrik bekannt ist — will es nicht gelingen, aus diesem Betriebe etwas zu machen. Derselbe war stets ein Schmerzenskind der betreffenden Geldgeber gewesen und man wird sich der vielen Schwierigkeiten erinnern, die diese Fabrik schon zu überstehen gehabt hat. Aber das Allerverkehrteste war es immer gewesen, daß, wenn eine neue Gesellschaft die Sache in die Hand genommen und eine andere Direktion die Zügel ergriffen hatte, nun in erster Linie versucht wurde, auf Kosten der Arbeiter den Betrieb rentabler zu gestalten. Die Differenzen und Verhandlungen nahmen denn auch kein Ende und ein Konflikt jagte den andern. Mehr wie einmal mußten die Kollegen sich nicht anders zu helfen, als sofort die Arbeit zu verlassen, um dadurch die ständigen Reibereien für eine kurze Zeit zu beenden. Mit besonderem Eifer ging aber die jetzige Direktion gegen die Arbeiter vor. Raum war das neue Regiment am Ruder, so mußten wir von Differenzen in Hornberg berichten. Und dieser latente Kriegszustand herrscht

heute noch. Jetzt schließlich mehr als früher. Denn wie man uns berichtet, haben alle Bemühungen der Direktion, durch einen stärkeren Druck auf die Arbeiter den Betrieb zu sanieren, durchaus nichts genutzt. Die Fabrik steht heut nicht viel besser wie früher da. Es heißt, die Lager seien überfüllt und an genügenden Bestellungen fehle es. Das wären keine besonders erfreulichen Aussichten für die Zukunft und wir halten uns für verpflichtet, unsere Mitglieder darauf aufmerksam zu machen. So mancher Kollege, der von einem fern gelegenen Ort nach dem isolierten Hornberg kommt, würde sonst zu spät einsehen müssen, daß auch dort, nachdem er eine kostspielige Reise und teure Uebersiedlung vorgenommen hat, seines Bleibens nicht sein kann. Und das Sonderbare bei der Sache ist ja, trotzdem nicht einmal die alten Arbeiter voll beschäftigt werden können und so mancher von ihnen, der auf dem Komptor nach neuer Arbeit anfragte, die Antwort bekam: „Ich weiß nicht, was ich Ihnen geben soll. Am liebsten ist uns, wenn Sie Alle gingen!“ werden doch immer wieder neue Leute angenommen. So fuhr jüngst der Werkführer fort und brachte mehrere Former mit, die nachher weder genügenden Platz noch genügende Arbeit fanden. Man kann dieses Gebaren der Leitung absolut nicht verstehen und geradezu unbegreiflich wird die Haltung der Direktion den Arbeitern gegenüber, denen sie zu wiederholten Malen erklärte: „Gegen den Verband habe ich nichts, aber ich lasse mir nichts abtrogen.“ — Neben all diesen sonderbaren Dingen werden uns noch verschiedene Uebelstände, die in jenem Betriebe namentlich in sanitärer Beziehung bestehen, mitgeteilt. Aber wir denken, es genügt, wenn wir unsere Kollegen auf die im allgemeinen unsichere Lage, die in jenem Betriebe herrscht, aufmerksam machen.

**Kahla.** Die Aktiengesellschaft Porzellanfabrik Kahla wird auch in diesem Jahre ihren Aktionären wiederum eine Dividende von 35 — fünfunddreißig — Prozent zahlen. Fürwahr, es ist eine Lust zu leben wenn — man Aktionär von Kahla ist.

**Poessneck.** Im Anschluß an unsere Notiz in Nr. 6 der „Ameise“ über die Beendigung der Differenzen bei Conta & Böhme ging uns noch ein Schreiben aus Poessneck zu, auf das wir in nächster Nummer zurück kommen werden.

**Ruhland.** Die bei den beiden Glasfirmen beschäftigten Kollegen unterbreiteten jüngst den betreffe den Arbeitgebern Palme und Lindner einige Forderungen, die sich in höchst bescheidener Weise auf eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde, auf einen Lohnaufschlag bei Ueberstunden um pro Stunde 20 Pfg. und auf das Auswischen des zu dekorierenden Glases beschränkten. Die Firma Palme zeigt auch insofern Entgegenkommen, daß sie die Forderungen, außer der Arbeitszeitverkürzung bewilligte. Die Kollegen gaben sich damit zufrieden. Anders kam es bei der Firma Lindner. Dieser Unternehmer wollte sich nur zu der Anerkennung der letzt genannten Forderung verstehen und lehnte eine Erhöhung des Ueberstundenlohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit glatt ab. Als darauf die Kollegen nicht eingehen wollten, wurden sie von der Firma gekündigt, zugleich wurde ihnen mit der Ausweisung gedroht. Wir sind es ja gewohnt, bei diesem oder jenem Unternehmer auf besondere Vergeltungssucht gegen fordernde Arbeiter zu stoßen, aber was uns von Ruhland darüber berichtet wird, stellt so manches bisher dagewesene in Schatten. Wie kann man es wohl bewerten, bezeichnen und gebührend kritisieren, wenn zum Beispiel ein Unternehmer zu einem Arbeiter — der bei ihm in den Geruch des „Oberchgers“ steht — sich ausläßt: „Sie habe ich schon lange ins Auge gefaßt. Sie sind der Anstifter und wenn sie 20 Kinder haben, ich nehme keine Rücksicht!“ Von der von so manchem naiven Gemüt behaupteten Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter redet diese wenig rühmliche, vollkommene Aeußerung Bände. So sind die Herren Arbeitgeber. Rücksichtslos bis zum letzten, wenn sie glauben es sein zu können. Aber es ist gut, daß diesen Absichten die fürsorgliche Wirkung der Arbeiterorganisation entgegen steht. Da mag ein solcher Unternehmer noch so vergeltungslüftern sein, trotzdem kommt bei unter dem Schutze der Organisation stehende Kollege durch und wenn er 20 Kinder hat und ob ein Unternehmer „Rücksicht“ auf ihn nimmt oder nicht. Darum sollen die Kollegen in Ruhland unerschrocken ihre bescheidenen Forderungen durchsetzen. Sie werden darin von allen Kollegen unterstützt werden und jeder anständig denkende und ehrenhaft fühlende Kollege wird es vermeiden, als Arbeitswilliger nach Ruhland zu gehen.

**Sorau.** Von den Kollegen in Sorau geht uns in Bezug auf den Versammlungsbericht von Eisenberg in Nummer 4 der „Ameise“ diese Berichtigung zu: Der hier arbeitende Dreher Bogel ist mit dem Ernst Vogel, welcher hier geboren ist und 1897 in Eisenberg bei Runze gearbeitet hat nicht zu verwechseln.

Kollege Ernst Vogel ist Schriftführer der hiesigen Zahlstelle und steht mit im Streik. Der Arbeitswillige Vogel hat unserer Kenntnis nach zuletzt in Untermyhaus gearbeitet.“

**Staffel.** Gegen den ständigen Masse- und Brettermangel sowie gegen die starken Defektabzüge wendeten sich in der Hauptsache die Forderungen, welche die Former vor kurzem dem Direktor der Steingutfabrik Herrn Sterner einreichten. Bisher wurde jedoch noch keine Besserung erzielt. Der Direktor lehnte jede Entschädigung der Kollegen, die insolge Masse- oder Brettermangels pausieren müssen, ab. Im Gegenteil, drohte er dann, wenn den Klagen über diese Uebelstände nicht Gehör und Entlassungen an; indem es hieß, sollte nicht genügend Masse beschafft werden können, dann müßten Entlassungen vorgenommen werden. Das Gleiche wäre bei dem Brettermangel der Fall. Auch bei der Defektfrage kam es zu keiner Einigung. Die Kollegen geben der Masse die Schuld an den großen Defekten, für die ja die Arbeiter auf zu kommen haben. Sie forderten darum eine Entschädigung für die defekte Ware, die eben ohne das Verschulden des Arbeiters mißrate. Herr Sterner dagegen behauptete, die Masse sei gut, er arbeite schon 15 Jahre in der Branche und er kenne seine Zusammensetzungen. Doch wolle er schließlich jenen Arbeitern, die vielleicht für 10 bis 20 Mark Bruch haben, einen Teil davon vergüten. Die Kollegen erklärten, mit diesem äußerst bescheidenen Zugeständnis sich nicht zufrieden geben zu können. Es bleibt also noch einstweilen in der Schwebe. Aber unsere Kollegen tun deshalb gut, jeden Zuzug nach Staffel bis auf Weiteres zu unterlassen.

**Tambach.** Ueber die Ursachen der noch nicht beigelegten Differenz zwischen den Kollegen und der Firma Gebr. Beck schrieb das Volksblatt: „Vergangene Woche erschien im Thüringer Waldboten ein Inserat, durch das die hiesige Fabrik Figurengießer sucht. Darauf meldete sich ein organisierter gelernter Formengießer von hier, welcher im vergangenen Herbst aus der Fabrik ausgetreten war, weil es an Arbeit mangelte. Der Mann suchte sich andere Arbeitsgelegenheit. Als er Kenntnis erhielt, daß die Fabrik Arbeiter suchte, und der Chef auch dem Vater des Mannes gesagt hatte, sein Sohn könne sofort wieder anfangen, begab er sich am Montag in die Fabrik zum Oberformer. Der Oberformer erklärte aber, der Arbeiter solle erst einmal nach dem Kontor gehen, er solle dort etwas unterschreiben. Der Arbeiter geht nach dem Kontor und was wird ihm da zugemutet? Er soll einen Revers unterschreiben, daß er aus dem Porzellanarbeiter-Verband austrete und auch niemals wieder beitrete, beim Gegenteil, sofortige Entlassung. Der Arbeiter verweigert eine derartige Zumutung und die Zahlstelle der Porzellanarbeiter, welcher fast alle Gießer und Brenner angehören, hat nunmehr Stellung zu der Angelegenheit genommen. Die Folgen dieser Maßregelung dürften jedenfalls für den neuen Herrn Besitzer recht unangenehm werden, wenn dieses Anstinnen nicht zurück genommen wird. — Kann man sich nun etwas Ärgeres denken, als was hier den Arbeitern angedonnen wird? Die Triebfeder zu dieser Maßregelung ist aber nicht in dem neuen Herrn Chef zu suchen, sondern der frühere Besitzer der Fabrik, Herr Richard Beck, hat seine unheimlichen Ratschläge noch mit im Spiel. Wer weiß, was dieser Herr Beck alles dem neuen Besitzer vorgeschwagt hat. Und nun will der Herr, der die Fabrik 25 Jahre geleitet hat und zusehen mußte, wie sie stets zurück ging, während seine ehemaligen Buchhalter, wie Heene in Gräfenroda, Gichorn und Wandorf in Elgersburg und andere, ihm die Rundschaft fortgeführt haben, 3—4 mal soviel Arbeiter beschäftigen und ganz anders entlohnen, als die Firma Gebr. Beck, nun will Herr Rich. Beck erst noch einen Trumpf ausspielen, indem er seinen jungen Nachfolger veranlaßt, keine organisierten Arbeiter einzustellen? Wir bedauern den jungen Herrn wirklich, wenn er solchen Spuren folgt und sich von vornherein gleich einen solchen Denkstein setzt. Herr Beck geht am 1. April von hier weg und sein Nachfolger mag sehen, wie er fertig wird, so heißt es für den neuen Besitzer, Herrn Jüngst.“ — Im übrigen teilt man uns mit, daß an diesem Unternehmen in Tambach auch die Charlottenburger Firma Gustav Richter Porzellanfabrik beteiligt sei. Inwiefern Herr Richter das Vorgehen seines Gesellschafters gut heißt, wissen wir nicht. Jedenfalls ersuchen wir, die Sperre über jenen Betrieb streng zu beachten.

**Wittenberg.** Uns wird geschrieben: Im benachbarten Coswig (Anhalt) stehen die Töpfer mit ihren Unternehmern in Differenzen wegen des Lohnarfs. Die von ersteren eingereichte Kündigung ist in acht Tagen abgelaufen. Die Hauptursache des Konflikts ist die neue Einrichtung mit Maschinenscheiben und dementsprechende niedrige Akkordpreise. Um nun ihr gestecktes Ziel zu erreichen, haben die Unternehmer schon vor Ausbruch des Konfliktes mehrere Steingutdreher heran gezogen. Nunmehr

werden sich aber die Unternehmer erst recht bemühen, von außerhalb Steingutdreher heran zu ziehen um die im Kampfe stehenden Löhner mürbe zu machen. Deshalb sollen unsere Kollegen darauf aufmerksam gemacht werden, resp. aufgefordert sein, den verwandten Berufsgenossen in Coswig nicht in den Rücken zu fallen; jeder unserer dort in Arbeit tretenden Verbandskollegen muß als Streikbrecher betrachtet werden.

### Aus anderen Verbänden.

**Holzarbeiter.** Wieder steht der Holzarbeiterverband vor einem großen Kampf mit dem scharfgemachten Unternehmertum in Berlin. Und dieser Kampf ist in mehr wie einer Beziehung interessant. Durch ihn wird die grenzenlose Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, deren ungezügelter Haß gegen die Arbeiterorganisation in selten scharfer Weise beleuchtet. Dieser von dem Unternehmertum auf die gewalttätigste Art vom Zaun gebrochener Streit läßt erkennen, worauf die unter der Führung der industriellen Scharfmacherhauptidee stehenden Arbeitgeber hinarbeiten. Es handelte sich um die Erneuerung des Lohn tariffs, die zu einer Aussperrung führte. Diese hat am 12. Januar begonnen. Freilich, so prompt wie die Scharfmacher es hinausposaunt haben, ist die Sache nicht vor sich gegangen. Anstatt der 10—12 000 Arbeiter, die aufs Straßenpflaster fliegen sollten, wurden bedeutend weniger ausgesperrt. In 70—80 Betrieben hat der Holzarbeiterverband die Aussperrung damit beantwortet, daß er die übrigen nicht ausgesperrten Arbeiter herausgezogen hat. Nach den nunmehr bekannt gewordenen Tatsachen haben die Führer der Unternehmer in geradezu frivoler Weise den Kampf herauf beschworen. Bereits seit einem halben Jahre haben sie die Unternehmer aufgehetzt, ihnen vorgeschwindelt, der Holzarbeiterverband würde die achtstündige Arbeitszeit und 20 pSt. Lohnerhöhung, zudem für Akkordarbeiter 80 Mt. Abschlagszahlung fordern. Diese Forderungen seien unannehmbar, daher müsse zum Kampfe gerüstet werden. Nun sind aber solche Forderungen seitens des Holzarbeiterverbandes nicht erhoben worden. Er fordert eine Abschlagszahlung von nur 27 Mt. pro Woche und seine übrigen Forderungen halten sich ebenfalls in recht bescheidenen Grenzen. Trotzdem also die Forderungen der Arbeiter bereits eine Blamage für die Scharfmacher waren, mußten sie den Kampf haben, von dem weder sie noch die Unternehmer irgend etwas profitieren dürften, da der Holzarbeiterverband aufs beste gerüstet steht und seine Mitglieder zur Durchführung des Kampfes entschlossen sind.

**Lithographen.** Der 1873 gegründete Senefelder Bund, verfolgte zwar anfangs gewerkschaftliche Zwecke, begrenzte sich aber später nur auf Unterstützungen bei Krankheit und Invalidität der Mitglieder und auf Sterbe- und Witwenunterstützungen. Durch die spätere Einführung auch der Reise- und Arbeitslosenunterstützung gab es gar bald Differenzen mit dem Gewerkschaftsverband der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Beseitigt wurden diese Differenzen durch Beschlüsse beider Verbände — denen ja dieselben Berufe angehörten —, durch eine Gebietsabgrenzung, wodurch die Gewerkschaft allein nur noch die Reise- und Arbeitslosenunterstützung führen durfte. Die nach dieser Zeit einsetzende stärkere Agitation ergab als Resultat: Die Verschmelzung mit der Gewerkschaft wurde vom Senefelder Bund auf seiner Generalversammlung 1904 in Kassel mit großer Majorität beschlossen. Die unmittelbar darauf folgende gemeinsame Generalversammlung beider Verbände beschloß die Auflösung der Gewerkschaft der Steindrucker und die Übernahme ihrer gewerkschaftlichen Zwecke durch den neuen Senefelder Bund. Gegen diese Beschlüsse reichten nun 31 alte Bundesmitglieder Klage ein, die die Ungültigkeitserklärung des neuen Statuts forderte, soweit es sich um die sozialpolitischen Zwecke — nämlich um Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen — handelte. — Der Öffentlichkeit ist ja auch noch bekannt, daß dieselben 31 Kläger — mitten im Streik und der darauf folgenden Aussperrung, die die Lithographen und Steindrucker vorigen Sommer auszukämpfen hatten — eine einstweilige Verfügung des Gerichts erwirkten, wonach die Gewerkschaftskasse für Streik- und Aussperrungszwecke gesperrt wurde. Allerdings gab die 31 später die Gewerkschaftskasse wieder frei. Der Vertreter der Kläger begründete vor dem Reichsgericht die Klage damit, daß die Gewerkschaft die ganze Verschmelzungaktion nur zu dem Zwecke geführt habe, um das Vermögen des Vereins, das die alten Leute gesammelt, die mit ihren Chefs in Freundschaft leben, für Streiks — für den geplanten großen Generalsstreik — zu bekommen. Auf diesem Wege, und weil man Tausende neuer Mitglieder in den „Bund“ hinein dirigiert habe, seien die berechtigten Ansprüche der alten Mitglieder zu kurz gekommen; ihre Vermögensrechte müßten sicher gestellt

werden. Der Vertreter des neuen Senefelder Bundes — der gegen die Erkenntnisse des Landes- und Oberlandesgerichts in Frankfurt Berufung eingelegt hatte — führte dagegen aus: Es sei allerdings fest gestellt, daß 4000 neue Mitglieder dem alten Bunde zugeströmt waren. Wenn z. B. ein Verein 100 Mitglieder zähle, dem plötzlich 4000 neue vollberechtigte Mitglieder zuströmen, und diese fassen einen Majoritätsbeschuß, dann könnten doch die 100 „alten Herren“ — die doch an den Majoritätsbeschuß des Vereins gebunden waren und es auch dann noch sind — nicht Reservatrechte für sich in Anspruch nehmen. — Das Reichsgericht gab den 31 Klägern recht und verwarf die Revision der Gewerkschaft. Durch dieses Urteil sind bestimmte Paragraphen des Gewerkschaftsstatuts für ungültig erklärt und der Verband ist gezwungen, ein neues Statut zu schaffen. —

### Gesetzgebung und Soziales.

**Die Schwindsucht unter Kindern.** Ueber Kinderheilstätten sprach vor kurzem im Bergischen Verein für Gemeinwohl Geheimrat Dr. Bornträger-Düsseldorf. Nach seinen Angaben sterben in Deutschland alljährlich 130 000 Menschen an Tuberkulose, darunter fünf Siebentel im erwerbsfähigen Alter. Etwa 10 Prozent aller Rentenempfänger sind tuberkulös. In Preußen sterben jährlich 70 000 Menschen an Tuberkulose; etwa 10 000 in Krankenhäusern, während 60 000 in den Familien sterben und dadurch zur Weiterverbreitung der Seuche beitragen. Diese Ziffer ist gegenüber der Zeit, in der man eine umfassende allgemeine Bekämpfung der Tuberkulose noch nicht durchgeführt hatte, günstig zu nennen, damals waren es jährlich 80 000. Während vor 20 Jahren in Preußen jährlich von 100 000 Menschen 315 an Tuberkulose starben, sind es heute nur 192; dies entspricht den Verhältnissen in England. Die Besserung betreffe allerdings nur die Erwachsenen, während die Kindersterblichkeit dieselbe geblieben sei. Man müsse nunmehr auch gegen die Tuberkulose bei den Kindern vorgehen; es müsse gelingen, in der Kindheit, wenn die Krankheit beginne, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Gegen diese Aufgabe erhebe sich manche Stimme. So sei die Ansicht allgemein, daß die Tuberkulose im Kindesalter gar nicht so verbreitet sei. Der Vortragende kam aber auf Grund eines reichhaltigen Materials zu einer ganz entgegen gesetzten Meinung. So lehre die Statistik, daß unter 100 Todesfällen im Alter von 5—10 Jahren bei 8 1/2 Prozent, von 10 bis 15 Jahren bei 21 Prozent Tuberkulose als Todesursache zu verzeichnen sei. Der Vortragende ging dann auf die schon bestehenden Kinderheilstätten ein. In Belgien habe man bei Kindern im ersten Stadium 50 Prozent geheilt. Es sei sehr wichtig, auch bei den Kindern die Krankheit in Stadien ein zu teilen und sie beim ersten Auftreten sofort zu behandeln. Der Redner kam zu dem Resultat, daß die Lungentuberkulose unter Kindern reichlich verbreitet sei; aber sie sei heilbar. — Leider gab der Vortrag keinen Aufschluß über die Einwirkung der industriellen gewerksmäßigen Beschäftigung der Kinder auf den Gesundheitszustand derselben.

### Vermischtes.

**Der neue Reichstag** wird nach einer Zusammenstellung des „Reichsanzeigers“ folgendes Bild zeigen: Gewählt sind: 60 (52) Konservative, 23 (22) Reichspartei, 4 Bund der Landwirte, 1 Christlich-Sozialer, 3 Deutsch-Soziale, 12 (15) Wirtschaftliche Vereinigung, 6 (6) Deutsche Reformpartei, 106 (104) Zentrum, 20 (16) Polen, 55 (51) Nationalliberale, 1 (1) Bauernbund, 13 (10) Freisinnige Vereinigung, 28 (20) Freisinnige Volkspartei, 7 (6) Deutsche Volkspartei, 43 (79) Sozialdemokraten, 7 (9) Elsäßer, keine (2) Welfen, 1 (1) Däne, 7 (3) Wilde. Die eingeklammerten Zahlen geben die Stärke der Parteien des aufgelösten Reichstages wieder. — Für die Arbeiter steht das kommende Reichsparlament trostlos genug aus.

**Von der Justiz.** In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ wirft ein Amtsgerichtsrat Fischer-Charlottenburg einige Streiflichter auf die soziale Lage der Richter in Preußen, deren Gehaltsverhältnisse eben so wenig mit ihren Familienbedürfnissen, als mit ihrer gesellschaftlichen Stellung in Einklang zu bringen seien. Besonders die Verhältnisse der Hauptmasse der Richter, die, im Alter von 31 Jahren angestellt, ein Anfangsgehalt von 3000 Mt. jährlich (ohne Wohnungszuschuß) beziehen und bis auf 6600 Mt. steigen, sei besserungsbedürftig, zumal das Aufrücken in höhere Gehaltsklassen nicht von der Zahl der Dienstjahre abhängt, sondern von dem Abgange der Vordermänner durch Tod, Pensionierung oder Beförderung. Ein be-

drücker Mensch könne kein guter Richter sein. Wegen dieser unerfreulichen Verhältnisse gingen beim Richterstande viele gute Köpfe verloren und wendeten sich besser bezahlten Berufen zu. „Das Richteramt wird so immer mehr eine Domäne der wohlhabenden Klassen. Das ist aber zu bedauern, denn gerade der Richterstand bedarf der Zuführung frischer Kraft von unten herauf. Nur aus den unteren Volksschichten kann solche Verjüngung kommen. Wenn die Richter nur aus den wohlhabenderen Schichten kommen, so bildet sich eine gewisse Einseitigkeit der Anschauungen heraus, ein Unvermögen, die Verhältnisse der breiten Massen des Volkes zu verstehen. Damit hängen wohl teilweise die jetzt so häufigen Klagen über die Rechtsprechung zusammen, die dieser „Weltfremdheit“ zum Vorwurf machen. Je mehr sich der Richterstand aus allen Volksschichten zusammensetzt, desto besser wird seine Rechtsprechung, desto größer wird das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege sein.“ — Das ist eine Selbstkritik des preußischen Richterstandes, der wir rückhaltlos zustimmen, wenn wir auch ein wenig verwundert waren, sie in „D. Jur.-Ztg.“ zu finden. Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung. Vielleicht führt dieser Weg manchen Richter zu der Erkenntnis, daß das Ringen der Arbeiterklasse nach höherer Entlohnung ihrer Arbeitskraft und nach größerem Anteil an den Segnungen der Kultur eine ganz andere Beurteilung verdient, als man dies bisher von preußischen Richtern gewöhnt war. Ehe freilich der Richterstand so sozial denken lernt, muß noch mancher Strauß mit der Justiz ausgefochten werden.

**Verboten!** Singen und Pfeifen bei der Arbeit wurde nach einem Entschiede des Berliner Gewerbegerichtes als ein zu sofortiger Entlassung berechtigter Grund erachtet, wenn diese Ungebühr trotz mehrmaligen Untersagens fortgesetzt wird und in diesem Verhalten somit eine beharrliche Weigerung zu erblickt ist. — So werden aus den Werkstätten Zuchthäuser. Im Wahlkampfe war es aber ein besonderer Schwindel der Bürgerlichen, zu behaupten, die Sozialdemokraten wollten aus der Welt einen großen Zuchthausstaat machen.

**Aus Bayern.** In einem Dorfe des bayerischen Schwabens, dem dunkelsten Teile Deutschlands, sollte eine Postfiliale errichtet werden. Durch eine Anzahl Finsterlinge wurden diesem Fortschritt aber die denkbar möglichsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt und als alles nichts half und Post, Telephon und Telegraph wirklich in Tätigkeit traten, da schritten die Männer mit dem rabenschwarzen Hirn zum Neuesten: Sie versperrten dem Postwagen durch eine Schranke den Weg ins Dorf! — Man kann sich schon aus dieser ergötzlichen Geschichte erklären, warum in Bayern so viele Zentrumsleute gewählt werden und warum dort die gewerkschaftlichen Organisationen so schwer Fuß fassen können.

Das vollständige Streikrecht der Arbeiter soll in Frankreich zur Tatsache werden. In einem unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrate wurde nämlich der Justizminister beauftragt, in der Kammer einen Gesetzesentwurf einzubringen, wodurch die Artikel 414 und 415 des Strafgesetzbuches abgeschafft werden sollen. Der Artikel 414 bedroht mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 3000 Fr. jeden, der mit Gewalt, durch Tätlichkeit, Drohung oder Vorpiegelungen die gemeinsame Einstellung der Arbeit zum Zwecke der Erlangung einer Erhöhung oder Herabsetzung der Löhne herbei führt oder im allgemeinen die freie Verrichtung von Arbeiten verhindert. Artikel 415 verfügt die Polizeiaufsicht für den Fall, daß die Einstellung der Arbeit durch eine planmäßige Vereinbarung herbei geführt war. In der Praxis werden diese Gesetzesbestimmungen wohl nur noch geringe Anwendung durch die Gerichte gefunden haben. Daß man diesen Zustand nur endgültig abgetan wissen will, ist gewiß löblich, und es ist sicher, wenn unsere Regierung den ominösen § 153 der Gewerbeordnung mit samt dem Expressionsparagrafen des Strafgesetzbuches einer gründlichen Abänderung resp. klaren Interpretation zu unterziehen dem Reichstage empfehle. Aber bei uns läßt man ruhig die Anwendungsfähigkeit solcher bestimmbaren Bestimmungen durch die Richter, als Ungemessene geraten, trotzdem Deutschland nach Ansicht der Regierung das Land mit den verbrieftesten Rechtsgarantien ist.

**Partei und Gewerkschaften.** Dieses Thema ist durch die Reichstagswahlen wieder zu einem recht erörterten geworden und in der Bergarbeiterzeitung finden wir darüber folgende Auslassungen: „Als eine Anzahl der freien Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei Geldmittel zur Führung des Wahlkampfes übermittelten, da erhob sich ein großes Geschrei in dem Blätterwalde der „Arbeiterfreunde“. Auch „Christliche“ Gewerkschaftsorgane konnten nicht umhin, diese Art Unterstützung der

sozialdemokratischen Partei als ein völliges Aufgeben der Neutralität zu betrachten. Warum die Gewerkschaften Geldmittel flüssig machten und warum es gerade die sozialdemokratische Partei war, der diese Summen zufließen, bedarf wohl keiner breiten Erörterung. Nur einiges wollen wir zu der Wahlhilfe der Gewerkschaften sagen. Zunächst hat sich die sozialdemokratische Partei als der sicherste Freund der Gewerkschaftsforderungen gezeigt, und es kann den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, wenn an Stelle von Sozialdemokraten Vertreter der Reaktion oder sonstige Feinde der Arbeiterforderungen und Gewerkschaftsrechte gewählt werden. Und ferner verbrachen die Gewerkschaften nicht mehr als was auch ihre wirtschaftlichen Gegner, die organisierten Unternehmertruppen, in diesem Wahlkampf für sich in Anspruch nahmen, die Wahrung ihrer gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen. Bekanntlich hat der Bund der Industriellen durch ein Rundschreiben an seine Mitglieder diese aufgefordert, pro Kopf der von ihnen beschäftigten Mitglieder eine Mark für den Wahlkampf dem Bunde der Industriellen zur Verfügung zu stellen. Warum wohl diese Sammlung? Doch wohl zunächst, weil der Bund der Industriellen sich sehr wohl der Bedeutung der Zusammensetzung des Parlaments bewußt ist. Kommt ein der Großindustrie und den Scharfmachern freundlich gesinntes Parlament zusammen, kommen die angelegten Gelder für den Wahlkampf doppelt und dreifach wieder heraus. Die Herren Industriellen wissen, daß niemals Geld gewinnbringender angelegt werden kann, wie hier, wenn nur die Wahlschlacht „klappt“. Aber die Herren von der Industrie sind offen genug, auch zu sagen, was sie wollen. Sie fragen den Teufel danach, ob man ihnen Bruch der Neutralität vormirft oder nicht. Solche Auslegungen überlassen sie ruhig bei ähnlichen Gelegenheiten den Arbeitern.“ — Nun der Ausfall der Wahl hat gezeigt, daß die geldgebenden Unternehmer vollkommen auf ihre Kosten gekommen sind. Die Gewerkschaften werden es ja im besonderen zu spüren bekommen, daß sie nicht genug für die Sozialdemokratie tun konnten.

## Feuilleton.

### Der rechtschaffene Mann.

Paul Jural war der einzige Mann in der Gemeinde, der keinen Widersacher hatte. Man schätzte ihn als klugen, ehrlichen gerechten Menschen. Drei Eigenschaften, von denen bei vielen tausend Menschen nicht eine anzutreffen ist. Die Leute sind zumelst weder ehrlich, noch klug, noch gerecht. Welcher Art sie denn sind? Keinerlei — sie leben bloß so dahin.

Eben darum pflegt die Einwohnerschaft der Gemeinde sehr stolz darauf zu sein, wenn sich ein Mann mit so seltenen Eigenschaften unter den übrigen befindet. So war es auch in Hetsalu.

Welche Angelegenheit immer aufs Tapet kam, stets war jedermann auf die Meinung Jurals neugierig. Als zum Beispiel die Rede davon war, daß in der Hauptgasse neun Laternen aufgestellt werden sollten, war fast schon die ganze Ortschaft übereingekommen, daß eben neun Laternen notwendig seien. Jural war gerade damals nicht daheim, weil er einer Familienangelegenheit wegen einige Monate im Nachbarkomitee verbringen mußte. Nach seiner Heimkehr erklärte er, daß sieben Laternen genug wären. Worauf die ganze Ortschaft behauptete, es seien nicht neun Laternen nötig.

Auch Jural hat gesagt, daß sieben Laternen genügen“ — und wurde alle nachdrücklich. Und alsbald wurde die Sache so besprochen, als würde ein wahres Unglück für die Gemeinde entstehen, wenn eine Laterne mehr aufgestellt würde.

In zahlreichen Fällen ging es ähnlich. Das gewichtigste, ja entscheidende Argument war stets:

„Auch der Jural hat das gesagt.“

„Das ist die Meinung des Jurals.“

Der Jural ist dagegen, folglich kann man's nicht machen.“

Aber wie war denn Paul Jural zu solchem Ansehen gekommen? Sehr einfach. Er rückte mit allen Wahrheiten herzhast heraus, wenn sich diese nicht auf Personen bezogen. Sagen wir unsere Meinung über das Pflaster, die Dunkelheit usw. — niemand wird sich darüber erzürnen, besonders wenn wir es so vorsichtig machen wie Jural, der nie versäumte, am Schluß hinzuzufügen:

„Uebrigens, ihr wißt es ja; wie ihr es wollt, so ist es gewiß am besten.“

Die Schmeichelei gefällt unseren Nebenmenschen gar sehr. Jural schmeichelte jedoch nicht wissentlich, sondern er sprach so

aufsichtig wie er dachte. Gleichviel, seine Art und Weise gefiel ungemein. Denn wir verabscheuen die Schmeichelei, wenn sie — nicht uns gilt. Wenn man aber von uns behauptet, daß wir die Besten, die Vorzüglichsten, die Schönsten sind, dann ist die Schmeichelei ein sehr lieber Gast. Jedes Wort erfüllt uns mit Behagen.

Endlich wählten sie den Jural in den Gemeindevorstand. Das hätten sie freilich schon früher getan; er aber hatte stets abgelehnt. Dem vielen Zureden gab er endlich nach. „Möge auch dort ein rechtschaffener Mensch sein. Dort sind wahrlich Verstand und Ehrlichkeit am notwendigsten.“ Das hatten sie ihm gar so oft gesagt.

So fügte sich denn Jural und hielt seinen Einzug in die Gemeindevorsteherung. Dadurch stieg natürlich noch sein Ansehen. Selbst die Kinder blieben auf den Gassen stehen und flüsternten einander zu:

„Das ist der große Jural.“

„Der rechtschaffendste Mann des Dorfes.“

Wenn ein Fremder ins Dorf kam, verfehlte man nicht, ihm, wenigsten von weitem, den Stolz der Gemeinde zu zeigen. Er wurde nachgerade zum lebenden, wandelnden Monument. Er unterschied sich insoweit von einem steinernen Denkmal, daß dieses Staub und Schmutz ansieht, während er ständig wie neu glänzte.

Allmählich vernarrte sich Jural in die Wahrheit. Vielleicht war auch ein bißchen Eitelkeit mit im Spiele; aber das ist in diesem Falle kein Fehler. Er kalkulierte nämlich: wenn er sich so großen Ansehens erfreut, weil er von den Dingen die Wahrheit sprach, um wie vieles mehr müßten sie ihn schätzen, wenn er ganze Arbeit täte und auch von den Menschen seine ehrliche Meinung gerade heraus sagte! Schließlich würde er damit für das Gemeinwohl handeln, das Gemeinwohl ist aber auch das Wohl jedes einzelnen. Das hätte er schon bisher getan, es war ihm aber nicht in den Sinn gekommen; denn so lange er nicht im Gemeindevorstand war, hatte er keinen Einblick in den Wirkungskreis der Gemeindegewaltigen. Jetzt aber, da er deutlich sah, daß gar vieles nicht so war, wie es sein sollte, da hätte er, offen gestanden, es für eine Ehrlösigkeit gehalten, zu schweigen.

In einer Gemeindevorstandssitzung ging er sonach den Gemeindegewaltigen hart an den Leib. Daß sie, vielleicht nicht in böser Absicht, aber ungehörig, vorgehen; daß sie mit dem Gemeinvermögen gewissenlos wirtschaften; daß sie die Gemeindeangelegenheiten vernachlässigen, wodurch die Einwohner geschädigt werden. Ja er forderte sogar, daß den Einwohnern auf breiterer Grundlage die Möglichkeit geboten werde, in die Erledigung der Gemeindeangelegenheiten Einblick zu nehmen. Größere Freiheiten und mehr Rechte wollte er für das Volk. Er griff aber auch die Einwohnerschaft an, daß sie sich nicht genug um ihre eigenen Interessen kümmere, und nannte sie feig und unbeholfen.

Erst waren die Mitglieder des Gemeindevorstandes verblüfft. Dann ging's los:

„Ist dieser Jural verrückt geworden?“ fragte der eine.

„Also dafür haben wir ihn stets so hoch geschätzt?“ meinte der andere.

„Na, das hat sich verlohnt, den da wählen zu lassen!“ ereiferte sich der Notar, der steif und fest behauptete, daß Jural seine Wahl ihm zu danken habe.

„Schau, schau! Er will das gute Einvernehmen stören, den Frieden der Gemeinde aufwühlen, die Ruhe der Einwohnerschaft vernichten,“ entrüstete sich ein vierter.

Dann drehten sie den Spieß um. Die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die sich unter allerlei Titeln Gebühren vortieren und unter den verschiedensten Vorwänden einander fortwährend die Bezüge erhöhten, beschuldigten den Jural, daß er aus selbstsüchtigem Interesse „das Maul so aufreißt.“

„Neulich hat er auch zwei Fuhren Heu von seiner eigenen Fehschung für teures Geld der Gemeinde verkauft, wo er doch, wenn er so ein sittenstrenger, einfacher Mensch ist, das Heu der Gemeinde als Geschenk hätte überlassen können. Wozu braucht solch ein einfacher Mensch das viele Geld?“ bekräftigten einige.

Als Jural dies hörte, lächelte er ingrimmig.

„Also soll ich nicht einmal für meine Sache Geld verlangen können? Die dort geben doch der Gemeinde gar nichts für ihre große Bezahlung,“ verteidigte er sich. Aber es war schon vergebens.

Dann wurde einmal in irgend einer Gemeindeangelegenheit eine öffentliche Volksversammlung abgehalten, bei welcher Gelegenheit der eine Schriftführer, ein junger, hagerer, seine Popularität stets hütender Streiter, der, so lange Jural sich des hohen Ansehens erfreute, scheinbar sein Anhänger war, heftig gegen Jural loszog.

„Warum sind wir so schlecht“ fragte er, „besonders aber Sie, sehr geehrte Mitbürger? Jural behauptet, daß Sie feig

und unbeholfen sind. Sie kennen sich doch selbst am besten. So sagen Sie denn jetzt hier unter Gottes freiem Himmel: Hat der Jural recht; ist es wahr, daß Sie feig und unbeholfen sind?“

„Es ist nicht wahr!“ murrte die Menge.

Der Schriftführer fuhr fort:

„Wenn das eine nicht wahr ist, dann ist's auch das andere nicht. Auch wir, die Führer der Gemeinde, können nicht so schlimm sein, wie Jural uns hinstellt. Sie alle sind achtbare ehrliche Bürger, das sind aber auch wir. Habe ich nicht recht, meine Mitbürger?“

„Jawohl! So ist's!“ stimmten ihm alle zu.

Jural betrat die Rednertribüne, um sich zu verteidigen, aber man ließ ihn nicht zu Wort kommen.

„Wir hören ihn nicht an!“

„Schämen Sie sich!“

„Er schmäht uns, dann kommt er noch hierher?!“

„Trollen Sie sich von dort!“

So tönte es ihm von allen Seiten entgegen. Jural nahm seine ganze Kraft zusammen und öffnete schon den Mund, um in die Menge hinein zu schreien:

„Ihr Rindvieher, wollt Ihr denn all Euer Lebtag Dummköpfe bleiben?! Ihr wollt Euch die Scheuklappen nicht abnehmen lassen. Aber was ich wollte, wollte ich doch nur Eure wegen! Schließt doch Eure Augen nicht vor dem Licht der Sonne! Seht doch die Wahrheit!“

Aber vergebens hätte er geschrien, sein Wort hätte das Loben der Menge nicht übertönt. Er stieg also hinunter und ging, während ihm das Bewußtsein des erlittenen Unrechts das Blut ins Antlitz trieb, von dannen. Die Leute wollten ihm nicht Platz machen, stießen ihn, einige spien sogar nach ihm.

Jural begab sich nach Hause. In seiner Verzweiflung wäre er fähig gewesen, zum Selbstmörder zu werden. Damals fühlte er, wie sehr die Behauptung der großen Poeten, daß sie das Volk auch dann liebten, wenn es sie ans Kreuz schlug, unwahr sei. Den rasenden Narren konnte man auch dann nicht lieben, wenn man ihn „das Volk“ nennt. Und Jural sann so lange über dieses Problem, bis er plötzlich die Triebfedern der großen Volksbeglucker heraus fand.

Sie liebten das Volk unter allen Umständen? Jawohl, aber nicht jenes Volk, das sie erniedrigte, sie mit Rot bewarf. In ihrer Einbildung schufen sie sich ein besonderes Volk, das gut-ehrlich, aufgeklärt und gerecht war. Und für dieses erdachte Volk kämpften sie unermüdblich, ohne Verzagen weiter. Aber in Wirklichkeit existiert dieses Volk nicht, war nie und wird vielleicht auch nie sein. So monologisierte Jural.

Dann trachtete er, sich ebenfalls ein solches Volk zu schaffen. Aber er brachte es nicht zu stande. Seine Phantasie reichte dazu nicht aus.

„Schrecklich“, seufzte er auf; „so lange ich einigermaßen unehrlich war, weil ich die Wahrheit verschwieg, erfreute ich mich der allgemeinen Achtung, und jetzt, weil ich ganz ehrlich vorgeing, verachtet und haßt mich jedermann.“

Auf der Gasse grüßte man ihn gar nicht mehr. Die Leute wendeten die Köpfe weg, wenn sie ihm begegneten, und wenn er grüßte, erwiderten sie den Gruß nicht. Sogar Drohbriefe erhielt er, daß man ihn erschlagen, sein Haus anzünden, daß man ihn aus dem Dorfe hinaus jagen werde.

„Ist gar nicht nötig,“ sagte er bitter, „ich gehe selber.“

Er verkaufte sein Anwesen und wanderte aus, weit in die Fremde, wo niemand weiß, daß der Jural ein rechtschaffener Mann ist. Vielleicht wird er solcherart neuerdings ein angesehenener Mensch, der sich der allgemeinen Achtung erfreut.

### Adressen-Nachtrag.

Eisenberg. Arbeitsnachweis: Robert Kunze, Fabrikstraße, im Konsum-Verein.  
Sorgau. Wf. Eduard Gutewort, Ml. — Rff. Wilhelm Grünig, Dh., Kolonie Sandberg Nr. 27, Post Nieder-Salzbrunn.  
Tambach. Wf. Andreas Faulstich — Rff. Heinrich Raab, beide Gß.

### Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

Ahlen. Sonnabend, 23. Februar, im Vereinslokal bei Wilh. Sandgathe.  
Angelroda. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.  
Quartalsabschluss. Lohnstatistiken mit bringen.  
Berlin Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.  
Bonn. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Meier, Sternburg-Strasse.

**Berlin-Moabit.** Montag, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Buttlischtr. 10.  
**Buckau.** Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei F. Westphal, Dorotheenstr. 14.  
**Elgersburg.** Sonnabend, 16. Februar, im Fürstenhof. Quartalsabschluss.  
**Garsitz.** Sonnabend, 28. Februar, bei Kessel.  
**Gräfenhain.** Sonnabend, 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Schießhaus.  
**Heldersbach.** Sonntag, 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Gebhardt Heim. Lohnstatistiken mitbringen.  
**Hüttensteinach.** Alle Bücher der Zahlstelle sind wegen Revision der Bibliothek bis zum 22. Februar an den Bibliothekar abzuliefern.  
**Judenbach.** Sonntag, 17. Februar, nachmittags 8 Uhr, bei Robert Diez, Thüringer Wald.  
**Kahla.** Sonnabend, den 16. Februar, im Thüringer Hof, Lößschg.  
**Nürnberg.** Sonnabend, 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Maxtor Keller.  
**Oberhausen.** Sonnabend, 16. Februar, im Restaurant Rircher.  
**Pankow.** Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Pieper, Kaiser Friedrichstr. 70. Referat. Lohnstatistiken mitbringen.  
**Probstzella.** Sonntag, 17. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Amandus Dsmalb.  
**Schleusingen.** Montag, 18. Februar, in der Krone.  
**Schmiedefeld.** Sonntag, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Carl Hau-eisen. Dultungsbücher mitbringen. Genosse Hoffmann - Zimenau ist anwesend.  
**Schnett.** Sonntag, 24. Februar, im Griebelschen Gasthaus in Heubach.  
**Unterweissbach.** Mittwoch, 20. Februar, im Tomä'schen Saale. Lohnstatistiken mitbringen.  
**Volkstedt.** Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr, Hotel Strickrodt.  
**Wittenberg.** Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei R. Krüger.

**Tüchtiger Dreher,** sauber arbeitend und im Säbel- sowie von besserem Tafelgeschirr bewandert und einen perfekten Sieder in diesem Genre für dauernde Stellung ins Ausland gesucht. Ausführliche Offerten mit Lohnangabe unter „Holland“ an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

**Schriftmaler** längerer für Glas wird sofort gesucht. Offerten sind an Schabel & Wenzel, Cannstatt, zu richten.

**Schriftenmaler** gesucht, der selbstständig zeichnen kann, auch etwas im Malen auf Glas bewandert ist. Offerten mit Gehaltsansprüchen sowie Musterzeichnung an P. A. Weible, Kolberg, erbeten.

**Brenner** und Seher, sowie im Gläseren (Porzellan) firm, sucht baldigst Stellung. Offerten erbeten unter F. S. 60, Zahlstelle Dresden.

**Schriftenmaler** auf Emaille, Glas- und Lack Silber, der auch im Besitze von Emaille-Rezepten ist, sucht baldigst Stellung im In- oder Auslande. Gefl. Offerten unter R. 100 an die Ameise erbeten.

**Grossbreitenbach.** Bei der Firma Eginhard Garrah drohen Differenzen aus zu brechen. Bezug ist zu vermeiden.

## ANZEIGEN.

**Altwasser.** Das Mitglied Nr. 12 172 (alte Nr. 24 175), der Porzellanmaler Albert Kurg, wird in seinem eigenen Interesse sowohl, wie auch durch seine Eltern ersucht, sofort nach hier zurück zu kehren, resp. werden die Zahlstellenverwaltungen und etwaige Mitglieder, welche die Adresse des R. angeben können, gebeten, diese an die hiesige Zahlstellenverwaltung gelangen zu lassen. [1,80]

**Eisenberg.** Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß der **Arbeitsnachweis** strenger als bisher durchgeführt wird. Wir werden in Zukunft für jedes Mitglied, welches ihn umgeht, Straffarenzzeit beantragen. Außerdem verlieren Mitglieder, die den Arbeitsnachweis umgehen, laut Statut ihr Anrecht auf Fahr- und Umzugskosten.

**Katzhütte.** Sonntags, den 17. Februar 1907, im Gasthaus zum „Schwarzatal“ **Familienabend.** Anfang 8 Uhr. Alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter sind freundlichst dazu eingeladen.

**Oberköditz.** Sonntag, den 3. März, im Saale des Rathhauses **Königssee Stiftungsfest.** Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind herzlich hierzu eingeladen.

**22. Agitationsbezirk (Vorort Düsseldorf).** Den Zahlstellen Fürstenberg a. W., Ahlen, Hamm, Oberhausen, Duisburg, Wesel, Emmerich, Elberfeld, M. Gladbach, Köln-Ehrenfeld, Köln-Stadt und Bonn-Poppelsdorf zur Kenntnis, daß Sonntag, den 17. März, vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8, Zimmer Nr. 3, die **Vertrauensmännertagung** stattfindet mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vororts. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Wie betreiben wir in Zukunft unsere Agitation? 4. Anträge der Vertrauensmänner. 5. Verschiedenes.  
 NB. Die Vertrauensmänner werden ersucht, ihre Berichte schriftlich mit zu bringen.

### Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei geregt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

**Firme Schriftenmaler** in Farb- und Emailleschrift in dauernde Stellung bei guten Löhnen per sofort gesucht. — Reise wird nicht vergütet. — Emailleschilderfabrik G. Lacher & Co., München.

**Schriftenmaler,** tüchtig in Farb- und Emailleschrift auf Emailleschilder, zum baldigen Eintritt gesucht. Gefl. Offerten unter E. F. 507, an die „Ameise“ erbeten.

**Maler** in allen vorkommenden Arbeiten der Porzellan- u. Emaillemalerei bewandert sucht für sofort anderweitige Stellung. Offerten an B. Bernhardt, Maler, St. Georgen (Schweiz) Postlagernd.

**Glasmaler** sauber und flott, in Bäderartikeln und sonstigen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht dauernde Stellung. Gefl. Offerten unter E. P. 32, an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

**Tüchtiger Dreher** (militärfrei) welcher im Säbel, Hand- schablone und Abbrechen firm, wird für sofort gesucht. Off. unter E. S. an die Exp. d. A. erb.

**Glasmaler** für Bäderartikel und Schrift gesucht. Gefl. Offert. unter E. 5 an die Exped. d. A. erbeten.

### Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 80 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

**Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.  
**H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.**

**Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen** kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Proletts frei)  
**Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterwehstr. 18.**

**Staubgold \* Goldwatte \* Glanzgold** und alle in der Vergoldung vorkommenden **Abfälle** kauft zu höchsten Preisen  
**S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

**Goldschmiere,** Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

**Goldschmiere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung  
**Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekte, Aeltesten Geschäft dieser Art.

### An die Einzelbezieher der Ameise.

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis.

Jede Beschwerde wegen unpünktlichem Eintreffen des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Mätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Munk, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, einsenden.

Expedition der „Ameise.“

Alle für die Redaktion und Expedition bestimmten Zuschriften bitten wir wieder an den Genossen Fritz Zietz abadressieren zu wollen.

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwandl. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: G. Wollmann, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.